Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund" erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen.
Bezugspreis: monatlich Mark 5.00 durch die Austräger frei ins Haus; durch die Post bezogen vierteljährlich Mark 18.00, monatlich Mark 6.00.
Anzeigenpreis: im Amtsblattbezirk der Raum der 11p. Kolonelzeile 1.00 Mk., auswärts 1.40 Mk., einschließl. Anzeigensteuer, im amtlichen Teil die halbe Zeile 3.00 Mk., im Reklameteil die Zeile 4.50 Mk.
Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 12296.

Tageblatt • enthaltend die **amtlichen Bekanntmachungen** der Amtshauptmannschaften Schwarzenberg und Zwickau, sowie der Staats- u. Städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johanngeorgenstadt, Lößnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg bzw. Wildenfels.

Verlag von C. M. Gärtner, Aue, Erzgeb.

Fernsprech-Anschlüsse: Aue 81, Lößnitz (Amt Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 19.
Drahtanschrift: Volksfreund Aueerzgebirge.

Anzeigen-Annahme für die am Nachmittag erscheinende Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Hauptgeschäftsstellen. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, auch nicht für die Richtigkeit der durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen. — Für Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsverzug und Konkurs gelten Rabatte als nicht vereinbart.
Hauptgeschäftsstellen in Aue, Lößnitz, Schneeberg und Schwarzenberg.

Nr. 161. **Mittwoch, den 13. Juli 1921.** **74. Jahrg.**

Wegen Reinigung bleiben die Geschäftsräume des unterzeichneten Stadtrats einschl. Sparkasse **am 15. und 16. Juli 1921 geschlossen.**

Dringliche Standesamtsangelegenheiten werden vormittags von 10—12 Uhr erledigt.

Schneeberg, den 11. Juli 1921. **Der Stadtrat.**

Schwarzenberg. Straßensperrung.

Die **Stifts-Straße,** vom Stadtteil Sachsenfeld nach der Hammerschänke führend, wird wegen Rohrlegungsarbeiten auf die Dauer der Arbeiten für den Fahr- und Fußgängerverkehr **gesperrt.**

Schwarzenberg, am 11. Juli 1921. **Das Stadtbauamt.**

Bekanntmachung.

Herr Richard Max **Strobel,** bisher Steuerassistent in Aue, ist heute hier als **Steuereinnehmer** in Pflicht genommen worden.

Oberschlema, am 11. Juli 1921. **Der Gemeinderat.** Vogelgesang.

Wegen Reinigung

bleiben die Geschäftsräume **des Versorgungsamts Aue am 15. und 16. Juli 1921 geschlossen.**

Aue, am 12. Juli 1921. **Versorgungsamt.**

Pflichtfeuerwehr Oberschlema.

Sonnabend, den 16. Juli 1921, abends 7 Uhr,

Gesamtübung auf dem Schulturnplatze.

Alle in den Jahren 1891 bis 1901 geborenen Mannschaften haben zu dieser Uebung pünktlich zu erscheinen.

Nicht- oder unpünktliches Erscheinen wird streng bestraft.

Oberschlema, am 11. Juli 1921. **Die Branddirektion.** Vogelgesang.

Stadtverordneten-Sitzung in Aue

Mittwoch, den 13. Juli 1921, nachm. 1/2 6 Uhr, im Stadtverordnetensitzungssaale.

Tagesordnung:

a) öffentlich:

1., Einweisung eines neuen Stadtverordneten.
2., Ausschußergänzungswahlen.
3., Kenntnisnahmen.
4., Eingemeindung des Gutsbezirkes Klösterlein.
5., Grundwasserfassungen in Blauenthal.
6., Bauten am Eichert betr.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Briands Drohungen.

Paris, 11. Juli. In der Kammer führte **Briand** aus: „Die **öffentliche Meinung in Deutschland** mag vom Geiste der Alldeutschen ergriffen werden, sie mag es ablehnen, aus den Ereignissen die richtige Lehre zu ziehen und den demokratischen Errungenschaften zum Siege zu verhelfen, sie mag selbst von einem Rachefeldzug sprechen: eine Tatsache bleibt nichtsdestoweniger bestehen: **Frankreich steht am Rhein** und kann nicht zugeben, daß Deutschland so umgestaltet wird, daß es eine Bedrohung für Frankreich darstellen könnte."

Briand sprach sodann über die **Ermordung des Majors Montalegre:** „Da das Ereignis nicht in einem Gebiet unter deutscher Oberhoheit vorgekommen ist, war es Aufgabe unseres Oberkommissars, die Erhebungen anzustellen und den ganzen Fall zu übernehmen". In der **oberschlesischen Frage** halte sich Frankreich nur an den Friedensvertrag. Die Tatsachen scheinen zugunsten Polens zu sprechen. Es müssen Vorsichtsmaßregeln getroffen werden. Nun gut! Wir werden sie ergreifen!

Briand ging dann zur Frage der **Leipziger Prozesse** über: Deutschland tat so, als wolle es diese Aburteilungen vornehmen. Aber die französische Regierung mußte zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Anwesenheit der französischen Abordnung in Leipzig vollkommen zwecklos war, da es sich ja doch nur um ein **Theaterstück** handelte.

Briand faßte die gegenwärtige Außenpolitik nochmals zusammen und sagte: Er habe ein **militärisches Vorgehen** jederzeit zu vermeiden gesucht. Wenn es aber unglücklicherweise den Alldeutschen gelingen sollte, das **Ministerium Wirth** zu vertreiben und Deutschland wieder in eine Politik zu stürzen, die für Frankreich gefährlich werden könnte, dann möge ein Jeder wissen, **Frankreich besitze alles, was es brauche, um die Lage wiederherzustellen. Wir sind im vollen Besitz unserer Macht.** Wir haben die **Zwangsmaßnahmen** ergreifen müssen: 1. angesichts der deutschen Weigerung, die Reparationspflicht zu erfüllen; 2. wegen der nicht erfolgten Bestrafung der Kriegsbeschuldigten; 3. wegen der mangelhaften Entwaffnung Deutschlands.

Briand fuhr fort: Wenn die Frage der Kriegsbeschuldigten vor die Verbandsregierungen kommen wird, werden sie Deutschland fragen: Habt Ihr sie verurteilt? Wenn Wirth auch alles mögliche getan hat, um seine Verpflichtungen zu erfüllen, so genügt das doch nicht, um Frankreich zu veranlassen, auf die Sanktionen zu verzichten. Das ist unmöglich. Die eine Tatsache bleibt bestehen, daß Deutschland geschlagen und besiegt ist. Auf französischer Seite wird es auf den festen Willen stoßen, von der Durchführung seiner Verpflichtungen Kenntnis zu nehmen. (Beifall auf allen Bänken.)

•

(Das **Ministerium Wirth** wird mit der oberschlesischen Entscheidung stehen oder fallen. **Briand** selbst hat es also in der Hand, es zu stürzen und mit ihm die „demokratischen Errungenschaften". Er sucht die Schuld an einem etwaigen Rücktritt Wirths schon jetzt anderen Leuten zuzuschieben. Und es wird genug Deutsche geben, die auf diese Finte hereinfallen.)

Oberschlesien.

Oppeln, 11. Juli. Der **Pressechef der Interalliierten Kommission** äußerte am 7. Juli: Die Vorarbeiten für die Sitzung des Obersten Rates müssen von der Interalliierten Kommission bis zum 14. Juli fertiggestellt sein. Die **Entscheidung über Oberschlesien** fällt um den 26. Juli herum, die Konferenz des Obersten Rates ist jedoch nur noch eine Formsache. In Wirklichkeit ist das **Schicksal Oberschlesiens bereits entschieden.** Es kommt nur noch darauf an, den Weg zu finden, **wie man Deutschland diese Entscheidung beibringt.** Deutschland wird vor die fertige Tatsache gestellt werden, ebenso wie bei Eupen und Malmedy; die Oberschlesische Frage kann nur von Polen selbst werden.

•

Oppeln, 11. Juli. Nach Mitteilungen aus der interalliierten Kommission ist die **Rückkehr Korfantys** nach Oppeln und Beuthen **genehmigt** worden.

Oppeln, 11. Juli. Die Lage in der **Stadt Oppeln ist gespannt.** Polnische Apo-Beamte gerieten in Konflikt mit deutschen Flüchtlingen. Bei einer Razzia der Apo auf nachts sich herumtreibende Frauen erhielten zwei Frauen und ein Franzose bei der Flucht Schußverletzungen. Die Franzosen ziehen Verstärkungen heran. Ein Sekretär Korfantys wurde in Oppeln von Unbekannten belästigt.

Beuthen, 11. Juli. Gestern nachmittag wurden acht Angestellte des deutschen Plebiszitkommissariats in Beuthen von einer etwa 20 Mann starken Bande überfallen. Der Angestellte Stephan Orlowski wurde **durch drei Kopfschüsse niedergestreckt. Der Angestellte Kulik wurde** festgenommen und soll in der Nacht nach Polen geschleppt worden sein. Einem dritten Angestellten, der ebenfalls festgenommen worden war, gelang es, zu entfliehen. Die übrigen flüchteten und gelangten auf Umwegen nach Beuthen. Orlowski wurde von dem jüngst aus dem Beuthener Gerichtsgefängnis entsprungenen, des Raubmordes angeklagten Anton Musiol erschossen, der von einer Reihe Zeugen einwandfrei erkannt wurde.

Kattowitz, 11. Juli. Am Sonnabend drang eine Bande bewaffneter Insurgenten in das Lager der Notstandsversorgung in **Bogutschütz** ein und plünderte es. Hauptsächlich wurden Kleidungsstücke, Schuhe und dergleichen geraubt. Auf dem Bahnhof Myslowitz bemächtigten sich frühere Insurgenten eines Waggons mit 5000 Liter Spiritus.

•

Ratibor, 11. Juli. Die Eisenbahn- und Postbeamten und die Bahnarbeiter des Eisenbahnknotenpunktes Pensa haben an den Kreiskontrolleur einen **Protest** gegen die beabsichtigte Besetzung Pensas **durch Franzosen** gerichtet. Sie fordern die Beibehaltung der Besetzung von Pensa durch Italiener oder Engländer.

•

Breslau, 11. Juli. Der **apostolische Delegat für Oberschlesien Monsignore Ogno Serra** hat an die Oberschlesier einen **Erlaß** gerichtet, in dem er die Oberschlesier zur Einigung, Mäßigung, zur Gerechtigkeit und zur Versöhnung mahnt und in dem er weiter scharf das **Treiben der polnischen Priester verurteilt,** die auf seiten der Insurgenten gekämpft haben. Es heißt in dem Erlaß:

Mit um so größerem Seelenschmerze erfüllt es uns, daß wir unter den Insurgenten sogar mehrere sehen, **die** ohne Scham uneingedenk des heiligen Amtes als Priester der Kirche den Haß gegen ihre Brüder schüren oder sogar **mit eigenen Händen,** die doch mit dem heiligen Oel geweiht sind, **die Waffen führten** oder Truppenkommandos führten oder zum Blutvergießen aufforderten. Mit Worten vermögen wir nicht auszudrücken, wie weit die Kraft unseres Amtes diese Tat bei jedermann verurteilt, der sie begangen hat. Das Urteil über sie überlassen wir Gott dem Gerechten.

Deutschlands Reinigung vor der Welt.

Stockholm, 11. Juli. „Svenska Dagbladet" schreibt: Die Leipziger Prozesse erweisen sich als das **beste** bisher erprobte **Mittel** gegen den während des Krieges und nachher geführten **deutschfeindlichen Lügenfeldzug.** Die Wahrheit kommt hierbei zu ihrem Recht. Es scheint schon jetzt klar, daß sie viel weniger gefährlich für Deutschland und die Angeklagten ist, als die Apostel des Hasses in den Ententeländern hofften.

Leipzig, 11. Juli. Zu dem morgen beginnenden neuen Kriegsbeschuldigtenprozeß gegen die beiden Oberleutnants zur See, **Dietmar** und **Boldt,** sind bis jetzt **über 65 Zeugen geladen,** darunter eine große Zahl englischer Seeoffiziere und Mannschaften. Von der Verteidigung sind nicht weniger als 40 Zeugen geladen. Unter diesen befindet sich Admiral v. Trotha und etwa ein Dutzend deutscher Seeoffiziere. Die Verhandlungen werden fünf Tage in Anspruch nehmen.

Leipzig, 11. Juli. Die **englische Delegation,** die dem morgen vor dem Reichsgericht beginnenden Prozeß beiwohnen wird, ist unter Führung von Sir Ernest Pollok gestern abend hier **eingetroffen.**

•

Paris, 11. Juli. Der ehemalige Präsident der Republik, **Poincare,** schreibt im „Temps": Es ist gut, die Akten vom Leipziger Gericht zurückzuziehen, es ist noch besser, in Frankreich eine Untersuchung in absehbarer Zeit einzuleiten, aber noch nicht genug damit, Deutschland hat sich vertragsmäßig verpflichtet, uns die Schuldigen auszuliefern; es muß sie uns ausliefern, sonst verleugnet es noch einmal seine Verpflichtungen. Wir sind also nicht nur berechtigt, Düsseldorf, Ruhrort und Duisburg nicht zu räumen, sondern wir sind stärker denn jemals, um die These wieder aufzunehmen, welche Millerand vergangenes Jahr in der Kammer vertrat. Da Deutschland sich in ständiger Auflehnung gegen den Friedensvertrag befindet, haben die Fristen für die Besetzungsdauer des linken Rheinufers noch nicht zu laufen begonnen. Wenn man Deutschland die neuen Verfehlungen nachsieht, dann ist vorauszusehen, daß es immer nur weiter ermutigt wird, weil es an unsere Ohnmacht glaubt. Bis jetzt macht sich Deutschland über uns lustig. Lassen wir es gewähren, dann wird es uns schließlich demütigen.

Uebergabe der 12 Milliarden Bons an den Wiedergutmachungs-Ausschuß.

Berlin, 11. Juli. Dem Wiedergutmachungsausschuß ist am 1. Juli durch die Kriegslastenkommission eine **Schuldverschreibung übergeben worden,** deren wichtigste Bestimmungen folgende sind: Das deutsche Reich schuldet den Inhabern dieser Schuldverschreibung den Betrag von 12 Milliarden Mark Gold von dem am 1. Januar 1914 bestimmt gewesenen Gewicht und Feingehalt. Diese **Schuldverschreibung wird in Mark Gold vom 1. Mai 1921 ab mit** 5 v. H. ihres gesamten Nennbetrages verzinst und vom 1. Mai 1921 ab jährlich mit einem Prozent unter Zuwachs der durch die Tilgung ersparten Zinsen durch Rückzahlung zum Nennwert getilgt. **Für die Schuldverschreibung haften der gesamte Besitz und alle Einnahmequellen des Deutschen Reiches und der deutschen Staaten an erster Stelle.** Als Sicherheit für diese Zahlungen bestimmt die deutsche Regierung an erster Stelle a) die **Erträgnisse aller deutschen See- und Landzölle, insbesondere alle Aus- und Einfuhrabgaben,** b) die **Erträgnisse einer Abgabe von 25 v. H. für den Wert aller deutschen Ausfuhr, die nicht bereits einer anderweit auferlegten gleichen oder höheren Abgabe unterworfen** ist, c). **die Erträgnisse** derjenigen direkten oder indirekten Steuern oder irgendwelcher sonstigen Fonds, **die von der deutschen Regierung vorgeschlagen und von dem Garantiekomitee angenommen werden.**

• •

Die „Autonomie der Rheinprovinz".

Düsseldorf, 11. Juli. In Anwesenheit des französischen Ortsdelegierten und seines Dolmetschers wurde in Düsseldorf der 61. rheinische **Provinzallandtag,** der sich auch mit der Frage der Autonomie der Rheinprovinz zu befassen haben wird, eröffnet. Von dem französischen kommandierenden General war in einem Schreiben an den Vorsitzenden gesagt worden, daß er die Tagung nur unter der Voraussetzung gestatte, daß keine Reden gehalten und keine Fragen gestellt werden, die die Würde der Besatzungstruppen gefährden können. Auf dem Provinzialgebäude dürfe nur die rheinische (weiß-grüne) Flagge gehißt werden.

• •

Deutschland und der Völkerbund.

Berlin, 11. Juli. Wir erfahren zuverlässig, daß auch für die bevorstehende Tagung des Völkerbundes kein Antrag Deutschlands zur Aufnahme in den Völkerbund gestellt worden ist, auch nicht auf dem Umwege über eine neutrale Macht.

• •

Die Revision des Vertrages von Rapallo verlangt.

Rom, 11. Juli. Unter heftigen Angriffen gegen Sforza und die Belgrader Regierung hat **der Kampf** der nationalen Presse **gegen den Rapallo-Vertrag** eingesetzt. Das „Journal d'Italia" wiederholt den Gedankengang, daß Sforza auch durch seine Adriapolitik gefallen sei. Die Räumung der dritten dalmatinischen Zone müsse unterbleiben. Eine entschlossene Sprache **gegen Belgrad** sei am Platze. Als Hauptpunkt des Regierungsprogramms wird die **Revision der Adriapolitik** verlangt.

Der Ausgleich zwischen Papst und Quirinal gescheitert.

Wien, 11. Juli. Wie aus **Rom** gemeldet wird, hat keinerlei Ausgleich zwischen dem Vatikan und dem Quirinal stattgefunden. Es wurde lediglich ein Abkommen erzielt, welches die Teilnahme der katholischen Gewerkschaften bei der Ueberführung der Gebeine Leos XIII. nach dem Lateran sichert.

Abrüstungskonferenz.

London, 11. Juli. Der **amerikanische Botschafter** in London teilt mit: Eine vom Weißen Haus ausgegebene Erklärung besagt: Im Hinblick auf die weitreichende Bedeutung der Frage einer Beschränkung der Rüstungen fragte der Präsident bei **Großbritannien, Frankreich, Italien** und **Japan** an, ob sie an einer Konferenz zur Besprechung dieser Angelegenheit in **Washington** zu einem gegenseitig vereinbarten Zeitpunkt teilnehmen würden. Der Präsident schlägt vor, daß die Probleme des Stillen Ozeans und des fernen Ostens, die mit der Abrüstung in enger Verbindung stehen, gleichfalls auf dieser Konferenz besprochen werden, um eine allgemeine Verständigung über die politischen Grundsätze im fernen Osten herbeizuführen. China ist eingeladen, an der Besprechung, betr. den fernen Osten, teilzunehmen.

Kemal kommt.

Rotterdam, 11. Juli. Die „Morning Post" meldet den Ausbruch von **Unruhen in Konstantinopel.** Auf Veranlassung der Botschafter wurde von der türkischen Regierung die Wiederherstellung der Ruhe den Alliierten übertragen. Kemalistische Truppen rücken an der Bahn Ismid—Konstantinopel vor.

London, 10. Juli. Ueber den **Bürgerkrieg** in Irland wird folgende **Statistik** veröffentlicht: Vom Januar 1919 bis 2. Juli 1921 haben die **Sinnfeiner** 395 Polizeiagenten getötet und 651 verwundet. Sie töteten ferner 140 Soldaten und verwundeten 325, 86 Häuser und 552 Polizeikasernen wurden von ihnen zerstört, 307 andere Kasernen angegriffen. Gegen 2400 Postbüros wurden gleichfalls Angriffe unternommen und 3210 Einbrüche in öffentliche Gebäude verübt, um sich der dort befindlichen Waffen und Munition zu bemächtigen.

SLUB
Wir führen Wissen.